

Presseinformation

Potsdam, den 01.04.2020

11. Sitzung des Landtages

TOP: 1

Zur Regierungserklärung

**Redner: Fraktionsvorsitzender Sebastian Walter
(es gilt das gesprochene Wort)**

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,

das Corona-Virus ist in unser Leben eingeschlagen und hat von heute auf morgen alles verändert.

Die Schulen und Kitas sind geschlossen, Restaurants, Theater und Kinos haben zu – und unsere Grenzen sind dicht. Mit Freunden in den Park, gemeinsames Grillen, in den Urlaub fahren oder einfach nur ganz normal seiner Arbeit nachgehen? Ist nicht mehr möglich.

Das öffentliche Leben ist nahezu vollständig zum Erliegen gekommen.

Diese Krise hat uns alle kalt erwischt. Und damit ist sie nicht nur eine Bedrohung für Leib und Leben der Menschen in diesem Land, sondern sie ist auch eine Gefahr für unser wirtschaftliches, kulturelles und soziales Leben in Brandenburg. Ja, es war richtig, diese Entscheidungen zu treffen.

Es war richtig, auch harte Einschnitte in Kauf zu nehmen. Denn wir müssen alles dafür tun, der Ausbreitung des Virus entgegenzutreten – gemeinsam.

Und ja, es war auch gut und richtig, dass die Landesregierung schnell Hilfen für die Wirtschaft auf den Weg gebracht hat.

Alexa Lamberz

Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@
linksfraktion-brandenburg.de

An dieser Stelle möchte ich Katrin Lange, Jörg Steinbach und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ILB Danke sagen.

Dafür, dass sie schnell gehandelt haben, so dass wirklich viele Unternehmen von den Soforthilfen profitieren können. Für die kleinteilige Brandenburgische Wirtschaft ist diese Unterstützung überlebenswichtig.

Herr Ministerpräsident: Sie haben es in den letzten Tagen immer wieder beschworen: Worauf es jetzt ankommt, das ist Solidarität.

Gerade mit denen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und damit die größte Last zu tragen haben. Immer wieder haben Sie sich bei diesen Menschen bedankt. Bei der Krankenpflegerin, bei der Kassiererin, bei den Busfahrerinnen und Busfahrern. Gut! Und nun?

Was diese Krise uns drastisch zeigt, ist folgendes: Nicht die, die am meisten verdienen, sind die die unsere Gesellschaft stützen, sondern gerade jene, die am Anfang des Monats noch nicht einmal wissen, wie sie am Ende über die Runden kommen sollen. Die sonst auch schon schlaflose Nächte wegen der Klassenfahrt des Ältesten oder der Rechnung für die neue Waschmaschine durchleben müssen. Es sind gerade die Menschen im Niedriglohnsektor, die sich Tag für Tag der Gefahr einer Infektion aussetzen, damit wir alle noch in den Supermarkt gehen oder zur Arbeit fahren können. Die unsere Oma im Heim versorgen oder die Essensausgabe an der Tafel weiter aufrechterhalten.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, da wird dann eines eben auch sehr deutlich: Ein Danke, so wichtig die Anerkennung auch ist, ein Danke reicht halt nicht aus.

Denn schlussendlich bleibt es dabei: Kein Mensch in diesem Land kann seine Miete mit Applaus vom Balkon bezahlen. Keine Rechnung lässt sich begleichen mit einem netten Lächeln und keine dritte Mahnung ist Geschichte nach einem herzlichen Vergelt's Gott.

Wir alle, wir haben hier leicht reden. Die 88 Landtagsabgeordneten, die wir hier alle sitzen: Wir haben unseren vollen Lohn heute erhalten. Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger kann von so einem sicheren Gehalt nur träumen.

Was die Menschen von uns dafür aber erwarten, das ist, dass wir unseren Job machen. Dass wir uns konkret Gedanken machen und was auf die Beine stellen, um ihnen unter die Arme zu greifen. Und das heißt in erster Linie, dass wir alles dafür tun, um für ihre Sicherheit zu sorgen. Und zwar im doppelten Wortsinn: Sicherheit vor einer Infektion und soziale, finanzielle Sicherheit. Dass wir die Ängste und Nöte der Brandenburgerinnen und Brandenburger sehen und sie nicht alleine lassen damit, denn das Leben ist immer konkret.

In den letzten Tagen und Wochen haben sich viele Menschen bei uns allen gemeldet.

Und, Sie kennen mich ja inzwischen ein bisschen, ich erzähle Ihnen jetzt mal von diesen Menschen in unserem Land:

Da ist zum Beispiel Luisa, die junge Krankenschwester. Seit Jahren herrscht auch in ihrer Klinik Personalmangel, Unterbezahlung und massiver Druck.

Deswegen ist sie letztes Jahr gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gegangen und hat gestreikt – für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt: Wo war denn da eigentlich der Applaus für Luisa? Und was hat sich für sie verbessert?

Noch vor einem Jahr haben die Bertelsmann-Stiftung, Karl Lauterbach von der SPD und viele andere in diesem Land gefordert, dass wir doch die Hälfte der Kliniken schließen sollen, das rechnet sich so ja nicht. Während Luisa für ihren Knochenjob am Ende mit grade mal 2000€ netto nach Hause geht, machen private Klinikkonzerne Millionengewinne – aber rechnet sich ja nicht, haben sie uns erzählen wollen.

Die Privatisierung im Gesundheitswesen – das war, das ist und das wird immer so sein – geht auf Kosten der Patientinnen und Patienten, der Angestellten, der Hygiene, der Qualität. Wohin uns

das geführt hat, das muss in dieser Krise doch selbst dem Letzten auch in diesem Hause klargeworden sein:

Dass im 21. Jahrhundert allerorts Näherinnen zu Gange sind, um händisch einfache Atemschutzmasken für unsere Gesundheitseinrichtungen zu produzieren, weil es keine Schutzkleidung mehr gibt, dass Ehrenamtliche zu Hause die Nähmaschine fürs Krankenhaus anschmeißen, wer hätte sich das überhaupt vorstellen können in diesem reichen Land Deutschland? Wenn ich Ihnen das vor 2 Monaten erzählt hätte, Sie hätten mich für verrückt erklärt.

Es kann aber nicht sein, dass unser medizinisches Personal, die Ärzte und Pflegekräfte jetzt das Gefühl bekommen, sie sind das Kanonenfutter in dieser Krise.

Der Schutz in unseren Gesundheitseinrichtungen muss die erste Priorität sein.

Und da ist dann Claudia. Claudia arbeitet als Kassiererin in einem Potsdamer Baumarkt. Vor zwei Wochen noch hat sie Schutzmasken verkauft – mit einer Preissteigerung von 300%.

Selbst hat sie keine mehr bekommen. Aber auch sie setzt sich täglich an ihre Kasse und begibt sich in die Gefahr einer Ansteckung. Wenn mir eine befreundete Mukoviszidose-Patientin erzählt, dass sie alle Läden, alle Apotheken abgegrast hat, aber nirgends mehr eine Maske zu bekommen ist, dann müssen wir endlich darüber reden, sie von jenen zu beschlagnahmen, die meinen, damit jetzt noch den großen Reibach machen zu müssen. Und sie denen zu geben, die sie wirklich brauchen. Das erwarten die Menschen zu recht von uns!

Beide, Claudia und Luisa, haben Kinder im KITA-Alter. Und als wäre alles nicht schon schwierig genug gerade, müssen sie trotz Aussetzung der allgemeinen Kita-Gebühren weiter blechen. Denn ihre Kinder werden ja weiter betreut. Im Fernsehen erzählen die schlaunen Politiker dann, dass dafür grade leider kein Geld mehr da ist.

Was für ein Irrsinn: Für den Flughafen werden einfach so mal 110 Millionen zusätzlich lockergemacht.

Wer soll das verstehen? Ist das diese neue Wertschätzung von Seiten der Politik? Na herzlichen Dank dann aber auch. Das wäre doch jetzt mal wirklich das Mindeste, dass Claudia und Luisa nicht auch noch dafür finanziell bestraft werden, dass sie in systemrelevanten Berufen arbeiten. Wirklich gerecht wäre hingegen, wenn sie für diese Arbeit unter schwierigsten Verhältnissen zumindest für die Zeit der Krise 500€ steuerfrei obendrauf bekämen. Das wäre dann konkret!

Kai hingegen hat nun ein ganz anderes Problem.

Das Restaurant in dem er arbeitet, ist zurzeit geschlossen. Sein Arbeitgeber hat Kurzarbeit angemeldet. Normal verdient er knapp 1250€ netto. Durch die Kurzarbeit hat er jetzt noch gute 750€ Euro zur Verfügung. Klar, schöne Sache, er könnte seine jetzt Miete stunden.

Aber mal ganz im Ernst: Von 1250€ kann er doch auch nach der Krise nicht auch noch seine Mietschulden begleichen? Wie soll das denn funktionieren? Konzerne wie Adidas machen sich hier jetzt nen dicken Lenz, unser Kai aber muss de facto weiterzahlen. Deshalb ist es so wichtig, was im Übrigen auch die Gewerkschaften jetzt fordern, das Kurzarbeitergeld auf 90% zu erhöhen.

Und auch das Land könnte helfen, indem wir endlich Strom- und Wassersperren verhindern. DAS wäre konkrete Hilfe für konkrete Probleme der Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Und Herr Woidke, wenn Sie davon sprechen, dass Sie jeden Arbeitsplatz erhalten wollen, dann frage ich mich, warum ihr Bildungsministerium die Vertretungslehrer jetzt vor die Tür setzt? Hier können Sie ganz konkret und einfach Zeichen setzen. Und dann ist es auch umso glaubwürdiger, wenn Sie zu Recht die Arbeitgeber auffordern, keinen Menschen zu entlassen.

Luisa, Claudia und Kai – sie stehen sinnbildlich für viele weitere mit den ganz gleichen Problemen.

Anrede,

Sie haben jetzt einen 2 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm gespannt. Das ist gut. Sie haben einen riesigen Rettungsschirm für die Wirtschaft aufgespannt. Wen Sie allerdings im Regen stehen lassen, das sind viele Theater und die Kultureinrichtungen, das sind die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die soziale Infrastruktur in diesem Land, die Vereine, die Wohlfahrtsverbände und die Landwirtschaft. Dieser Rettungsschirm ist eine Absage an das soziale Brandenburg, das Sie gerade der Krise preisgeben. Und das ist so kurzfristig. Denn was kommt nach der Krise?

Gerade dann brauchen wir die Vereine, die Kulturstätten, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort. Und gerade das alles steht auf dem Spiel.

Und wenn wir jetzt Schulden aufnehmen, kann es nicht wirklich unser Ernst sein, dass wir dann wieder diejenigen zahlen lassen, die am meisten unter dieser Krise leiden.

Denn wenn ich die ersten Sparvorschläge höre wie bspw. „Kita-Gebühren“ doch nicht abschaffen. dann ist es genau das Problem! Wir haben vor wenigen Jahren über Nacht die Banken gerettet, es wird jetzt Zeit, dass sie auch etwas zurückgeben und natürlich müssen wir auch über eine Vermögensabgabe sprechen. Das ist kein Teufelswerk, die steht nicht bei Karl Marx, sondern im Grundgesetz.

Und wenn wir beim Grundgesetz sind, dann will ich Ihnen zumindest sagen, dass Grundrechtseinschränkungen - schon, wenn wir in unsere eigene Geschichte schauen - niemals Dauerlösungen sein können, sondern nur eine absolute Ausnahme. Jeden Tag müssen sie überprüft werden und wir brauchen ein Ausstiegsszenario.

Und wir brauchen keine Hilfssheriffs, die jetzt die Kennzeichen kontrollieren und die Polizei rufen, und schon gar nicht brauchen wir Bußgeldkataloge, die dann diejenigen am härtesten treffen, die sowieso am Schwächsten sind. Und wenn ich höre, dass man ja dann Ersatzfreiheitsstrafen verhängen könne, dann ist mir angst und bange um unser Rechtsstaatsverständnis.

Das Recht soll den Schwachen schützen und ihn nicht in den Ruin treiben. Diese Maßnahmen schaffen so keine Stimmung der Solidarität, sondern ein Klima der Angst.

[Anrede,

eines, das möchte ich an dieser Stelle noch sagen, denn in Zeiten der Krise scheint es, ist sich so mancher erstmal selbst der Nächste. Vergessen wir nicht den Blick über den Tellerrand. Vergessen wir nicht jene, die in den Flüchtlingslagern sitzen, geflohen vor Krieg, Hunger und Vertreibung. Das Camp Moria und all die anderen, die sind gerade jetzt eine tickende Zeitbombe. Es fehlt dort sonst schon am allernötigsten, von medizinischer Versorgung ganz zu Schweigen. Wenn in diesen Camps das Virus ausbricht, sind die Menschen ihm schutzlos ausgeliefert. Thüringen hat angeboten, hier zu helfen und Menschen aufzunehmen. Auch Berlin will jetzt 1.500 Menschen aufnehmen – notfalls in Eigenregie. Wo aber ist Brandenburg? Das Schweigen ist ohrenbetäubend. Um es hier mal mit Norbert Blüm zu sagen: Wenn wir es als europäische Union nicht schaffen, diesen Menschen zu helfen, dann können wir den Laden dicht machen wegen moralischer Insolvenz. Das gilt nicht weniger für Brandenburg.

Anrede,

zum Ende will ich Ihnen sagen, was mich in unserem Umgang stört. Dass Sie offenbar nicht verstanden haben, dass wir in dieser Krise alle im gleichen Boot sitzen. Es geht längst nicht mehr um das ewige Spiel von Regierung und Opposition.

Sie sagen es ja selbst, wir alle müssen zusammenstehen, solidarisch sein, die Köpfe zusammenstecken – jede Idee zählt. Jede Beobachtung ist wichtig. Und deshalb ärgert es mich so, wenn Sie jetzt überrascht tun von Ton und Tempo, was wir anschlagen. Sie stöhnen: Man könne nicht erwarten, dass Sie unsere Vorschläge von heute auf morgen umsetzen. Doch! Es ist sind ungewöhnliche Zeiten und diese brauchen ungewöhnliche, schnelle Lösungen. Ja, es muss vieles auf einmal angefasst werden, aber es muss ja auch nicht gleich alles perfekt sein, liebe Kollegen Woidke,

Stohn, Redmann und Budke: Unsere Vorschläge liegen jetzt seit drei Wochen auf ihren Schreibtischen – seit drei Wochen!

Die Probleme, die wir darin thematisieren, die sind uns doch nicht heute früh beim Zeitunglesen aufgefallen, sondern die berichten uns die Menschen in diesem Land seit dem ersten Tag der Krise. Wir haben Ihnen dabei mehrfach die Hand gereicht, und die reichen wir Ihnen auch heute – für gemeinsame Ideen und Lösungen. Sie allerdings bunkern sich ein und wiegeln ab.

Wir wollen nicht die Besserwisser sein, wir wollen nicht beweisen, dass wir schlauer sind als Sie, sondern wir wollen den Menschen Signale aussenden, dass wir alle gemeinsam unsere Verantwortung wahrnehmen.

Sie wollen staatsmännisch klingen und sind doch irgendwie weit weg vom tatsächlichen Leben! Meine Damen und Herren, da brauchen Sie sich nicht wundern, wenn die Leute da draußen nur noch den Kopf schütteln und irgendwie versuchen, sich und anderen zu helfen. Wir wollen dieser Krise solidarisch begegnen – und das erwarten wir auch von Ihnen.

Danke.